Achtung: Dies ist keine Musterlösung, sondern ein Lösungsvorschlag von Studierenden!
Wir danken den Studierenden für das Engagement.
Der Lösungsvorschlag wurde aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes anonymisiert.

Lösungsvorschlag zur Übungsklausur der Vorlesung „Globalisierung und Multinationale Unternehmen“ FS 2018

In diesem Essay wird der demokratische Verfassungsstaat von Jürgen Habermas definiert und der Idealtypus der Integration dargestellt. Hierzu werden die 4 Merkmale des Modells erläutert. Im zweiten Teil wird auf die Probleme der nationalstaatlichen Integration eingegangen mit Fokus auf die Funktions- und Legitimationskrise des Nationalstaates. Im letzten Teil dieses Essays wird die Diskursethik auf die staatliche Politik illustriert.

a) Der demokratische Verfassungsstaat

Im Modell des demokratischen Verfassungsstaats werden vier Funktions- / Legitimationsbedingungen angenommen.
Das erste Merkmal ist die Souveränität und das Gewaltmonopol, bei der die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft im Vordergrund steht. Der Staat erlässt als Souverän die Gesetze und setzt diese durch. Er ist für Stabilität und Frieden zuständig.
Das zweite Merkmal ist die Legitimation durch demokratische Teilhabe, bei der die Bürger beispielsweise durch die Urnenwahl politische Gestaltungsrechte annehmen können. Der Staat wiederum setzt sich für die Sicherheit ein und verleiht den Bürgern das freie Wahlrecht.
Die Integration durch nationale Identität bildet das dritte Merkmal. Der Staat hilft beispielsweise mittels Wohlfahrtssystemen bei der Integration und nach Habermas erhält man eine kollektive Identität durch eine gemeinsam erstellte Verfassung.
Das vierte und letzte Merkmal ist das Territorialprinzip. Das bedeutet, dass der Bereich und die Grenzen der Ausübung der staatlichen Gewalt beschränkt sind. Somit kann der Staat nur in seinem geographischen Raum regieren und Gesetze erlassen.

b) Die Problemquellen nationalstaatlicher Integration im Rahmen der Globalisierung und die Funktions- und Legitimationskrise

Als erstes ist das der Verlust der Kongruenzbedingung nationalstaatlichen Regierens. Das bedeutet, dass der politische und der gesellschaftliche Raum auseinanderfallen. Als Folge davon haben Unternehmen eine Auswahl an verschiedenen Rechtsordnungen aus denen die passendste und daher die kostengünstigste ausgewählt werden kann.
Ähnlich ist es bei der Steuergesetzgebung, viele Unternehmen wandern in möglichst steuergünstige Regionen ab (Verlust der Besteuerungsfähigkeit). Die Ausgaben für öffentliche Güter, Subventionen und sozialer Sicherung steigen und die Besteuerung des Kapitals wird durch die nationalstaatliche Politik erschwert.
Standortwettbewerb findet nicht nur rechtlich oder steuerlich, sondern um die allgemeinen Rahmenbedingungen statt. Das Unternehmen sucht aktiv nach den günstigsten Arbeitskräften und dem höchsten Profit, der dadurch erzielt werden kann. Das führt zu einem „Race to the Bottom“. Mit den Rahmenbedingungen, die eine Unternehmung in China oder Indonesien erwartet, kann kein westeuropäisches Land mithalten.
Der Staat wird neuerdings auch mit der Erosion der staatsbürgerlichen Solidarität und Toleranz konfrontiert. Es entsteht vor allem auch durch Migration eine multikulturelle Gesellschaft ohne homogene Werte und Normen. Die Bürger eines Staates berufen sich nicht mehr auf ihre Herkunft, sondern es entsteht ein Verfassungspatriotismus.
Die Legitimationskrise besagt, dass Betroffene von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen Kosten tragen, ohne dass sie die Entscheidung beeinflussen können. Die Politik ist im postnationalen Zeitalter unüberwindbar mit der Wirtschaft verstrickt. Der Staat als solches kann die Rechte und die Sicherheit seiner Bürger teils nicht mehr sichern und es kommt den MNUs

eine neue Rolle zu. Die Funktionskrise erklärt den Verlust oder die Verringerung der Steuerungseffizienz des nationalstaatlichen Systems. Sie beschreibt zum einen genau das Phänomen des „Race to the Bottom“, d.h. die Verlagerung von wirtschaftlichen Aktivitäten und zum anderen den Verlust der Kongruenzbedingung als Problemquellen.

c) Die Diskursethik

Laut Habermas ist der ideale Diskurs, eine Argumentation, in der alle Interessen und Argumente der Anspruchsgruppen unabhängig der Machtsituation der Teilnehmer eine Chance bekommen. Ziel der idealen Sprechsituation ist, dass Mithilfe von rationalen Argumenten der Konflikt beseitigt werden kann. Somit steht im Diskurs immer das beste Argument und jenes gewinnt auch. Diese Annahme ist nicht sehr realistisch und steht im Zielkonflikt mit den marktwirtschaftlichen Bedingungen, der Motivation Gewinne zu erzielen und dem Antrieb im Markt kompetitiv zu bleiben.
Bei der Anwendung des idealen Diskurses auf die Legitimationskrise, ist festzustellen, dass die am Dialog Teilnehmenden, also unabhängigen Markteilnehmenden, und die Entscheider unterschiedliche Machtverhältnisse besitzen. Die Annahme, dass bei der Legitimationskrise, der uneingeschränkte Diskurs mit den Stakeholdern zustande kommen soll, ist utopisch.
Für eine umsetzbare Lösung ist die ideale Sprechsituation nicht zu empfehlen, sie sollte aber dennoch als Richtlinie berücksichtigt werden.

Fazit

Der Nationalstaat kämpft mit neuen Herausforderungen, wie dem Verlust der Besteuerungsfähigkeit und dem Abwandern der Unternehmen in kostengünstigere Regionen. Während er sein Gewaltmonopol restauriert, muss er gleichzeitig versuchen seine Macht wieder zu legitimieren und die neue Rolle der MNUs akzeptieren. Dies gelingt jedoch nur mit einer Diskussion auf Augenhöhe.